Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1954)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417490

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1954

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **G. Moeckli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **R. Gnägi**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **R. Gnägi**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurde über 4 kantonale und 4 eidgenössische Vorlagen abgestimmt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 7. Februar wurden den Stimmberechtigten die Gesetzesentwürfe über die Universität und über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung zum Entscheid unterbreitet. Erstere Vorlage wurde mit 26 128 gegen 19 029 Stimmen angenommen, und die zweite mit 25 553 gegen 19 775 Stimmen, beide also mit einem Mehr von 7099 resp. 5778 Stimmen. Von den 248 820 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 46 149 oder 18,54 % an die Urne.

Die zweite Abstimmung fand am 20. Juni statt. Die stimmberechtigten Bürger hatten sich an diesem Tage ebenfalls über zwei Gesetzesvorlagen zu entscheiden, nämlich jene über die Beitragsleistung an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen, und jene über die Tierseuchenkasse. Auch diese beiden Vorlagen wurden mit 48 981 gegen 23 856 und mit 44 005 gegen 26 428 Stimmen angenommen. Die annehmenden Mehrheiten betrugen 25 125 resp. 17 577 Stimmen.

Am 20. Juni betrug die Zahl der Stimmberechtigten 249 602, von welchen sich 80 501 oder 32,25 % an die Urne begaben.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Die erste Abstimmung des Jahres fand am 20. Juni statt. Den Stimmberechtigten wurden zwei Vorlagen vorgelegt, nämlich der Bundesbeschluss über ausserordentliche Hilfeleistungen an kriegsgeschädigte Auslandschweizer, der im Kanton Bern mit 36 565 gegen 35 106 Stimmen angenommen, sowie der Bundesbeschluss über den Fähigkeitsausweis im Schuhmacher-, Coiffeur-, Sattler- und Wagnergewerbe, welcher im Kanton Bern mit 29 497 gegen 44 779 Stimmen verworfen wurde. In eidgenössischen Angelegenheiten waren im Kanton Bern 250 415 Stimmberechtigte, von denen sich 80 810 oder 32,27 % an der Abstimmung beteiligten.

Die zweite Abstimmung fand am 24. Oktober statt über den Bundesbeschluss über die Finanzordnung 1955/58. Das Bernervolk stimmte dieser Vorlage mit 67 257 gegen 21 839 Stimmen zu. Es begaben sich 89 705, d. h. 35,63 % der Stimmberechtigten an die Urne.

Die dritte Abstimmung fand am 5. Dezember statt über das Volksbegehren zum Schutze der Stromlandschaft Rheinfall/Rheinau. Von 250 530 Stimmberechtigten begaben sich 107 311 oder 42,83 % an die Urne, welche das Initiativbegehren mit 26 647 gegen 79 059 Stimmen ablehnten.

Volkswahlen

Im Berichtsjahr fanden die Erneuerungswahlen für den Regierungsrat, den Grossen Rat, die Bezirksbeamten sowie für die kantonalen Geschwornen und die Zivilstandsbeamten statt. Über deren Ergebnisse wird bei den nachfolgenden Unterabschnitten Bericht erstattet.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Fritz Meyer, Lehrer in Roggwil, legte sein Nationalratsmandat nieder und wurde ersetzt durch Chr. Rubi, Geschäftsführer in Wengen, von der Liste der Sozialdemokratischen Partei. Ferner erlitt die bernische Vertretung im Nationalrat durch den Hinschied von alt Regierungsrat A. Seematter, der dem Nationalrat seit 1939 angehörte, einen grossen Verlust. Als Nachfolger rückte von der Liste der Freisinnig-demokratischen Partei, Landesteile Emmental, Mittelland, Oberaargau und Seeland, Regierungsrat Dr. Robert Bauder nach.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahr 4 Sessionen ab (davon eine ausserordentliche im Februar/März) mit insgesamt 29 Sitzungen.

Vor der Gesamterneuerung des Grossen Rates amteten als Präsident René Vuilleumier, Gemeindepräsident in Tramelan, und als Vizepräsidenten Dr. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken, sowie Werner Bickel, Redaktor in Bern.

Vor der Gesamterneuerung des Grossen Rates trat Notar Otto Wirz in Bern zurück, dem der Regierungsrat, soweit an ihm, für seine Dienste den Dank ausspricht. An seine Stelle rückte von der Liste der Bürgerpartei der Stadt Bern der 1. Ersatzmann, Otto Gfeller, dipl. Ing. in Bern-Bümpliz, nach.

Am 2. Mai fanden zum 9. Mal die Erneuerungswahlen nach dem Proporzsystem statt. Einzelheiten über diese Wahlen sind dem besondern Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zu entnehmen (Tagblatt 1954, S. 149). Die Wahlen verliefen im ganzen Kantonsgebiet ruhig und ohne irgendwelche Störungen.

Gestützt auf die Revision von Art. 19 der Staatsverfassung vom 19. April 1953 setzt sich der Grosse Rat nunmehr aus 200 Mitgliedern zusammen.

In den Amtsbezirken Erlach und Saanen wurden nicht mehr Kandidaten aufgestellt als Sitze zu besetzen waren. Die Vorgeschlagenen konnten deshalb im stillen Verfahren als gewählt erklärt werden, und der öffentliche Wahlgang fand in diesen Amtsbezirken nicht statt.

Beschwerden wurden eingereicht in den Amtsbezirken Freibergen und Biel. Die Beschwerde im Amtsbezirk Freibergen richtete sich gegen das vom Stimmausschuss in Le Noirmont ermittelte Ergebnis. Die Untersuchung ergab, dass im ganzen Amtsbezirk 4 Wahlzettel zu unrecht als ungültig erklärt wurden. Dies hatte aber keine Änderung in der Sitzverteilung, ebenso nicht bei den Gewählterklärten zur Folge. Die Beschwerde wurde deshalb als unbegründet abgewiesen.

Im Amtsbezirk Biel haben die Stimmausschüsse der Gemeinden Biel und Leubringen ausseramtliche Wahlzettel der Partei des Landesringes der Unabhängigen, der Alliance des indépendants und der Christlich-sozialen Partei, auf welchen die Reihenfolge der Kandidaten mit den veröffentlichten Wahlvorschlägen nicht übereinstimmten, als gültig erklärt. Gestützt auf eine Mitteilung des Regierungsstatthalters ordnete der Regierungsrat eine amtliche Untersuchung an, und gegen den Entscheid der beiden Stimmausschüsse reichten Fritz v. Gunten in Biel und 6 Mitunterzeichner Beschwerde ein.

Art. 11, Al. 4, des kantonalen Wahlgesetzes schreibt vor, dass jede Veränderung des Wahlvorschlages durch ein Vervielfältigungsverfahren unzulässig ist und solche veränderten Wahlzettel nicht in Berechnung gezogen werden dürfen. Nach der Praxis spielte das Motiv von solchen Veränderungen keine Rolle. Sobald ein ausseramtlicher Wahlzettel nicht der eingereichten Liste entsprach, ist er immer als ungültig erklärt worden. Der Regierungsrat beantragte deshalb dem Grossen Rat, die obenerwähnte gesetzliche Bestimmung wie bisher nach ihrem Wortlaut auf alle Tatbestände anzuwenden und den Entscheid der Wahlausschüsse von Biel und Leubringen als mit den gesetzlichen Vorschriften in Widerspruch stehend aufzuheben. Der Grosse Rat und auf staatsrechtliche Beschwerde hin auch das Bundesgericht haben dieser Auslegung zugestimmt, so dass die Beschwerde gutgeheissen wurde. Infolge der Ungültigerklärung der erwähnten ausseramtlichen Wahlzettel kam der einzige Sitz der Bürgerpartei Biel der Sozialdemokratischen Partei dieses Amtsbezirkes zu.

Der Grosse Rat hat darauf sämtliche Wahlen in seiner konstituierenden Sitzung erwahrt.

Von den 200 Grossräten gehörten 148 bereits dem Grossen Rate an, während 52 neu eintraten.

Nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates bedarf es zur Bildung einer Fraktion 5 Mitglieder. Demnach konnten wie bisher 4 Fraktionen gebildet werden:

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei .	81	Mitglieder
Sozialdemokratische Partei	73	»
Freisinnig-demokratische Partei . . .	35	»
Katholische Volkspartei	9	»

Dem Grossen Rat gehören ferner je 1 Mitglied vom Landesring der Unabhängigen und von der Liberal-sozialistischen Partei an.

Die konstituierende Sitzung fand reglementsgemäss am 1. Juni statt. Sie wurde durch Regierungs-Vizepräsident Rudolf Gnägi eröffnet. Als Alterspräsident amtete Erwin Wyss, Handelsmann in Herzogenbuchsee.

Der Grosse Rat wählte zu seinem Präsidenten den bisherigen 1. Vizepräsidenten, Dr. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Werner Bickel, Redaktor in Bern, und Dr. Reynold Tschäppät, Adjunkt der eidgenössischen Polizeiabteilung in Bern.

Seit der Gesamterneuerung des Grossen Rates sind folgende Mitglieder wieder zurückgetreten: Der zum Regierungsrat gewählte Dr. Robert Bauder in Biel und Dr. Alfred Grütter in Bern. An die frei gewordenen Sitze rückten die 1. Ersatzmänner der Listen der Freisinnigdemokratischen Partei des Wahlkreises Biel, Ernst Wenger, Schlossermeister in Biel, und des Landesringes der Unabhängigen des Wahlkreises Bern-Stadt, Dr. Casimir Huber, Leiter der Klubschule Migros in Oberwangen, nach. Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den Zurückgetretenen für die dem Staat bisher geleisteten Dienste.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Beitragsleistung an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen, 2. Beratung.

Tierseuchenkasse, 2. Beratung.

Auf den Gesetzesentwurf betreffend Beiträge der Gemeinden an die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern ist der Grosse Rat nicht eingetreten.

2. Dekrete

Anpassung der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung an das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie über die Teuerungszulagen der Rentenbezüger.

Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung (Dienstordnung).

Geschäftskreis der Hypothekarkasse des Kantons Bern. Abänderung des Dekretes vom 25. November 1947.

Gewährung eines Schulgeldbeitrages an Beamte der bernischen Staatsverwaltung, deren Kinder die französische Privatschule Bern besuchen.

Gewährung von Teuerungszulagen an Rentenbezüger und Staatspersonal sowie die Lehrerschaft.

Hauptrevision der amtlichen Werte der Grundstücke und der Wasserkräfte (Schlussabstimmung in der Maisession 1955).

Kantonaler Finanzausgleichsfonds.

Krisenhilfe für versicherte Arbeitslose.

Versicherte Besoldungen der Lehrerschaft, Abänderung des Dekretes vom 18. November 1952.

Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1953 waren im Berichtsjahre noch 2 Motionen zu behandeln. Dazu wurden 21 neue eingereicht. Von diesen 23 Motionen wurden im Berichtsjahre 18 erledigt. Die Behandlung der verbleibenden 5 wurde auf das nächste Jahr verschoben.

Vom Jahre 1953 waren noch 5 Postulate hängig. Im Berichtsjahr wurden 23 weitere eingereicht. Von diesen 28 Postulaten behandelte der Rat 15, 1 konnte infolge Rückzuges abgeschrieben werden. 12 wurden auf das nächste Geschäftsjahr verschoben.

Der Regierungsrat beantwortete ferner 21 Interpellationen, während eine durch Rückzug abgeschrieben wurde.

Weiter wurden 21 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte

Neben dem Verwaltungsbericht und der Staatsrechnung 1953 sowie dem Voranschlag 1955 wurden im Grossen Rate noch folgende wichtigere Geschäfte erledigt:

Bau- und Betriebsbeiträge an Heilstätten und Spitäler.

Beiträge an Hoch-, Strassen-, Schulhaus- und Wasserbauten sowie Wasserversorgungen, Lehrerwohnungen, Turn- und Sportanlagen, Bodenverbesserungen, Weganlagen und Güterzusammenlegungen, Aufforstungen und Verbauungen, Beiträge an Erziehungsheime.

Baubeitrag an die Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel.

Kantonales Frauenspital, neue Röntgen- und neue Sterilisationsanlage.

Kredit für Tuberkuloseschutzimpfung 1954.

Fünfjahresplan im staatlichen Hochbau (1955–1959).

Baukredit an die medizinische Klinik der Universität Bern.

5. Wahlen

In der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates wurde ebenfalls das Büro und die ständigen Kommissionen bestellt.

In der Märzsession wurde an Stelle des verstorbenen Oberrichters F. Mumenthaler Dr. Hans Gautschi, bisher Generalprokurator, zum Oberrichter und Dr. Walter Loosli, bisher Stellvertreter, zum Generalprokurator gewählt.

An Stelle der zurückgetretenen J. Mussard, W. Strahm sowie des verstorbenen M. Hofer wurden als neue kaufmännische Mitglieder in das Handelsgericht gewählt: Fritz Anker, Kaufmann, Muri b. B., Walter Petermann, Industrieller, Moutier, und Hans Wyssbrod, Präsident des Verwaltungsrates der Maschinenfabrik Biel.

Im Berichtsjahr sind ebenfalls 10 Mitglieder des Obergerichtes und 4 Ersatzmänner in ihrem Amte bestätigt worden. Der neugewählte Obergerichtspräsident Dr. Karl Dannegger trat infolge seiner Wahl zum Mitglied des Schweizerischen Bundesgerichtes auf Ende des Jahres zurück.

Im Berichtsjahr wurde im Grossen Rat eine Simultanübersetzungsanlage eingerichtet. Übersetzer: H. Böschenstein, Redaktor (Vorsitzender); Frl. A. Aebi und W. Buser. Diese Neuerung bewährt sich und die Ratsmitglieder beider Landessprachen machen von ihr regen Gebrauch. Durch die direkte Übersetzung werden auch die Verhandlungen wesentlich verkürzt.

6.

Die Eidgenössischen Mitstände schenkten dem Kanton Bern als Erinnerung an die im Jahre 1953 durchgeführten Feiern «600 Jahre Bern im ewigen Bund der Eidgenossen» ihre Standesscheiben. Die prächtigen Gaben wurden im Grossratssaal angebracht und tragen durch die gediegene Ausführung und ihre Vielfaltigkeit viel zu dessen Würde und Schönheit bei. Zur Einweihung

wurden die Vertreter sämtlicher Kantonsregierungen sowie die ausführenden Künstler eingeladen und ihnen der Dank der bernischen Behörden abgestattet.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Fürsorgewesens, G. Moeckli. Am 1. Juni übernahm der bisherige Vizepräsident, Regierungsrat R. Gnägi, Direktor der Volkswirtschaft, das Präsidium, und als Vizepräsident wurde Dr. Max Gafner, Direktor der Justiz und des Militärs, gewählt.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 100 Sitzungen ab (5 weniger als im Vorjahr), in welchen 7596 Geschäfte oder 585 mehr als im Vorjahr behandelt wurden.

Über die einzelnen wichtigeren Geschäfte verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der Direktionen.

Der Regierungsrat hat auch im Berichtsjahr die Weiterentwicklung im Jura aufmerksam verfolgt und anlässlich der Behandlung einer Interpellation im Grossen Rat Gelegenheit gehabt, seinen Standpunkt bekanntzugeben. Ferner wurde in Folgegebung eines Postulates der Freisinnig-demokratischen Fraktion (v. Greyerz) der Bericht über den Vollzug der Beschlüsse des Grossen Rates vom 10. Mai 1949 über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil vorbereitet. Im Auftrag des Regierungsrates arbeitete Journalist W. Buser an einem Bericht «Der Jura im Rahmen der bernischen Staatsfinanzen». Die Behandlung der beiden Berichte fällt in das nächste Geschäftsjahr.

Auf Ende der Legislaturperiode 1950/54 sind als Mitglieder des Regierungsrates A. Seematter und G. Moeckli zurückgetreten.

Regierungsrat Seematter gehörte dem Regierungsrat seit 1934 an und hat somit sein Amt während 20 Jahren versehen. Schon vor seiner Ernennung zum Regierungsrat machte er sich als Mitglied des Grossen Rates um die Öffentlichkeit verdient. Regierungsrat Seematter übernahm zuerst die Direktion des Armenwesens, der er bis 1938 vorstand, und wechselte dann auf die Polizeidirektion über. Dem Regierungsrat stand er als Präsident in den Geschäftsjahren 1936/37 und 1946/47 vor. Während seiner Amtszeit als Regierungsrat bereitete er folgende wichtigere gesetzliche Erlasse vor, die von den Stimmbürgern genehmigt wurden:

Dekret über die Revision des Konkordates betreffend wohnörtliche Unterstützung.

Gesetzesentwurf über die Strassenpolizei und die Besteuerung der Motorfahrzeuge.

Gesetz und zudienliche Dekrete über die Einigungsämter.

Dekrete über das Tanzwesen und über die Organisation des Schutzaufsichtsamtes und der Kriminalpolizei.

Der Zurückgetretene hat sich insbesondere verdient gemacht um den Ausbau der Schutzaufsicht und die Entlassenenfürsorge sowie um die Förderung des Strafvollzugs und der Strassenverkehrserziehung. Der Regierungsrat dankt dem zurückgetretenen Magistraten, soweit an ihm, für die dem Staat geleistete Arbeit bestens und bedauert, dass es ihm nicht möglich war, sich eines verdienten, ruhigen Lebensabends zu erfreuen.

Regierungsrat G. Moeckli hat dem Staat Bern in den Jahren 1932–35 als Mitglied des Grossen Rates gedient und wurde 1938 in den Regierungsrat gewählt. Dieser Behörde stand er als Präsident in den Verwaltungsjahren 1941/42 und 1953/54 vor. Im November 1948 wurde er vom Grossen Rat als Vertreter des Standes Bern in den schweizerischen Ständerat gewählt.

Regierungsrat Moeckli übernahm mit seinem Amtsantritt die Direktion des Armenwesens, die dann als Fürsorgedirektion bezeichnet wurde. Er machte sich insbesondere um den Ausbau der Altersfürsorge und der staatlichen Erziehungsheime verdient. Als wichtigere gesetzliche Erlasse, die unter seiner Leitung durch die Fürsorgedirektion vorgelegt wurden, seien erwähnt:

Gesetz über zusätzliche Alters-, Witwen- und Waisenfürsorge zur Alters- und Hinterlassenenfürsorge des Bundes.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Gesetz betreffend Abänderung von § 82 des Armen- und Niederlassungsgesetzes vom 28. November 1897 (Stimmrechtsverlust).

Dekret über die Bekämpfung der Trunksucht.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, dem Zurückgetretenen bestens für die dem Staat Bern geleisteten Dienste.

An Stelle der Zurückgetretenen wurden vom Bernervolk als Mitglieder des Regierungsrates gewählt: Dr. Robert Bauder, Zentralsekretär der Schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei, Biel/Bern, und Henri Huber, Sekundarlehrer in Moutier. Die beiden haben ihr Amt am 1. Juni des Berichtsjahres angetreten und nahmen erstmals an der Regierungsratssitzung vom 2. Juni teil.

In der Organisation der Direktionen trat keine Änderung ein. Regierungsrat Dr. Bauder übernahm an Stelle von A. Seematter die Polizeidirektion und Regierungsrat H. Huber an Stelle von G. Moeckli die Fürsorgedirektion.

Bei der Stellvertretung der Direktoren traten folgende Änderungen ein:

Volkswirtschaft:

Regierungsrat Huber an Stelle von Regierungsrat Seematter.

Finanzen:

Regierungsrat Dr. Giovanoli an Stelle von Regierungsrat Moeckli.

Fürsorgewesen:

Regierungsrat Dr. Bauder an Stelle von Regierungsrat Dr. Giovanoli.

Der Präsidialverwaltung wurde eine Motion Bickel betr. Revision der §§ 2 und 4 des Wahldekretes sowie 3 Postulate der BGB-Fraktion, der Grossräte Schneiter und Burgdorfer (Burgdorf) betr. Hebung der Stimmbeteiligung zur Behandlung überwiesen. Ein weiteres Postulat Brahier regte die Einführung der stillen Wahl für die Mitglieder des Regierungsrates an. Im Berichtsjahr wurden in Erledigung dieser parlamentarischen Eingänge die Arbeiten betr. die Abänderung und Ergänzung des Dekretes über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen vom 10. Mai 1921 in Angriff genommen. Der Entwurf ist auf Beginn des nächsten Geschäftsjahrs erschienen.

Der Erledigung harrt noch die Motion König (Biel) betr. Auslegung des Begriffes von Niedergelassenen und Aufenthaltern. Ein bezügliches Kreisschreiben ist in Vorbereitung und wird vor den nächsten wichtigern Wahlgängen erlassen werden.

In Erledigung der am 18. November 1952 von Grossrat Rupp eingereichten Motion ist die Vorlage zur Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage für die vierjährige Amtsdauer der Ständeräte durch Revision von Art. 26, Ziff. 13 der Staatsverfassung vorbereitet worden. Die Behandlung dieser Verfassungsrevision fällt in das nächste Geschäftsjahr.

Der Regierungsrat war wie bisher stark beansprucht durch offizielle Empfänge, hauptsächlich infolge der Fussball-Weltmeisterschaften, der Europameisterschaften für Leichtathletik und der Ausstellung HOSPES. Am 25. November traf der Kaiser von Aethiopien, Haile Selassie, der verschiedene Staaten in Amerika und Europa besuchte, in der Schweiz ein und nahm im Schloss Jegenstorf Aufenthalt. Der hohe Gast besuchte auch das Rathaus, wo ihm am 27. November durch den Regierungsrat und den Gemeinderat der Stadt Bern ein Empfang bereitet wurde. Am 28. November verliessen die ausländischen Gäste die Schweiz Richtung Wien.

Bezirksbeamte

Am 20. Juni fanden die Gesamterneuerungswahlen für die Bezirksbeamten statt. Ausser in den nachgenannten Amtsbezirken fanden überall stille Wahlen statt:

Burgdorf: Regierungsstatthalter

Delsberg: Betreibungs- und Konkursbeamter

Pruntrut: Regierungsstatthalter. Gegen die Wahl von Nationalrat J. Gressot am 20. Juni wurde Beschwerde geführt, welche mit Beschluss des Grossen Rates vom 8. September abgewiesen wurde (s. Tagblatt 1954, S. 216). Der gegen diesen Grossratsentscheid eingereichte staatsrechtliche Rekurs wurde vom Bundesgericht am 17. November einstimmig abgewiesen.

Thun: Regierungsstatthalter.

Im Bestande der Bezirksbeamten traten nach den Gesamterneuerungswahlen folgende Änderungen ein:

Biel: Gerichtspräsident. An Stelle des zum Stellvertreter des Generalprokurators gewählten Jean-Pierre Rüedi wurde im stillen Wahlverfahren gewählt: Otto Dreier, Gerichtsschreiber, Biel.

Konolfingen: Gerichtspräsident. An Stelle des verstorbenen Fritz Pflüger wurde im stillen Wahlverfahren gewählt: Werner Rindlisbacher, Gerichtsschreiber in Grosshöchstetten.

Ober-Simmental: Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter. An Stelle des zurückgetretenen Hans Friedli wurde im zweiten öffentlichen Wahlgang gewählt: Jürg Blumenstein, Fürsprecher, Bern.

Thun: Gerichtspräsident. Auf Ende des Jahres trat Hans Ziegler infolge Wahl zum Direktor der Eidgenössischen Militärversicherung zurück.

Die Ersatzwahl fällt in das nächste Geschäftsjahr.

Amtsrichter

Laufen: Vor der Gesamterneuerung der Bezirksbeamten wurde an Stelle des verstorbenen Ernst Saladin, Duggingen, im stillen Wahlverfahren gewählt: Jakob Preisig, Direktor in Laufen.

Für die Gesamterneuerungswahlen konnten in fast allen Amtsbezirken die Vorgeschlagenen auf dem Wege der stillen Wahl gewählt erklärt werden. Der öffentliche Wahlgang musste in den Kreisen Frutigen, Interlaken und Laufen durchgeführt werden.

Nach der Gesamterneuerung traten folgende Änderungen ein:

Bern: an Stelle des verstorbenen E. Wieland, Bern, wurde im stillen Wahlverfahren gewählt: Werner Huggler, Mechaniker, Bern.

Thun: Wegen Erreichens der Altersgrenze trat auf Ende des Jahres zurück Karl Wyss, Uetendorf. Die Ersatzwahl findet 1955 statt.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Vor der Gesamterneuerung wurden auf dem Wege der stillen Wahl gewählt:

Bern: an Stelle des zum Amtsrichter gewählten Hans Tanner, Bern, Heinrich Biedermann, Elektroinstallateur, Bern.

Biel: an Stelle des zum Amtsrichter gewählten Franz Ernst, Biel, Werner Friedrich, Handwerksgehilfe SBB Werkstätte, Biel.

Kantonale Geschworne

Mit den Bezirksbeamtenwahlen wurden am 20. Juni auch die kantonalen Geschwornen gewählt, und zwar insgesamt 536, wovon 462 im deutschsprachigen und 74 im französich sprechenden Kantonsteil. Alle Geschwornen konnten im stillen Wahlgang als gewählt erklärt werden.

Zivilstandsbeamte und Stellvertreter

Am 20. Juni fanden auch die Wahlen für die Zivilstandsbeamten und Stellvertreter statt. Bei insgesamt 248 Zivilstandskreisen musste der öffentliche Wahlgang nur in den Kreisen Chevenez, Damphreux, Grandfontaine, Pieterlen, Röschenz, Rüegsau, Soyhières und Zwingen durchgeführt werden.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss (Vorjahr):

An die Direktion überwiesene Eingänge	2073	(1961)
Überweisungen an den Grossen Rat	444	(463)

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 118 967.85 (100 006.80).

Beglaubigungen von 31 577 (30 777) Unterschriften, für welche Fr. 37 024.85 (36 383.95) Gebühren verrechnet wurden; davon wurden vom Regierungsstatthalter oder von den Gemeinden Fr. 25 217 (24 438) belegt, vom Legalisationsbureau oder durch Barverkauf Fr. 11 807.85 (11 945.95).

Im Anweisungsverkehr wurden 2105 (2228) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 196 874.95 (218 898.25) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3575 Geschäfte, davon 1053 des Regierungsrates. Zu diesen Arbeiten kamen noch die zahlreichen Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Am 19. Oktober verstarb nach langer schwerer Krankheit Standesweibel Paul Claudon. Er wurde im Mai 1939 als Buchdruckfachmann der Staatskanzlei gewählt, seine Wahl zum Standesweibel erfolgte 1946. Der Verstorbene hat seine Pflichten gewissenhaft und zuvorkommend erfüllt.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 48 Sitzungen abgehalten und die Rathaushalle für 11 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 210 Sitzungen benützt, wozu noch 26 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 4478.50 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 244 Besuche unseres Rathauses mit rund 2600 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Personelles

Der Adjunkt des Staatsarchivs, Emil Meyer, konnte am 1. Juni 1954 auf eine 40jährige verdienstvolle Tätigkeit am Staatsarchiv zurückblicken.

Am 1. März 1954 trat Frau Elsbeth Guggisberg als Kanzleigehilfin I in das Staatsarchiv ein.

Der Staatsarchivar war gemäss RRB. No. 5030 vom 23. September 1951 für ein Drittel seiner Arbeitszeit beurlaubt zur Durchführung der Organisation der Burgerbibliothek. Der Arbeitsausfall wird dem Staat durch die Burgergemeinde vergütet.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 376 Personen mit 2147 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 788 mündlich, 618 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Im Berichtszeitraum hat das Staatsarchiv wichtige Bereicherungen seiner Sammlungen erfahren.

Am 11. Mai 1954 übergab die französische Regierung dem Bundesrat zu Handen des bernischen Staatsarchivs 20 Bände von Protokollen und Akten, die Ende 1798 vom französischen Zivilkommissär Philipp Lecarlier eigenmächtig nach Paris verbracht worden waren. Unter diesen für die Geschichte des Übergangs von 1798 wichtigen Archivalien ragt an Bedeutung besonders der letzte Band der Protokolle des Geheimen Rates hervor, der die politische Lage in Bern im Jahre 1797 vor dem Ausbruch der Revolution und dem Einfall der Franzosen beleuchtet. Bernischerseits wurde der französischen Regierung tauschweise eine Sammlung von Akten lokaler Natur über die französischen Grenzgemeinden Audincourt, Desandans und Montbéliard aus der Zeit von 1793 bis 1813 überreicht. Zu dieser Angelegenheit hatte Dr. Steinmann im Grossen Rate interpelliert und damit offenbar den Anstoss zu diesem Austausch gegeben.

Als andern wichtigen Erwerb des Jahres darf das Staatsarchiv den Kauf des sehr wertvollen Berner Wappenbuches von Johann Ulrich Fisch von Aarau aus dem Jahre 1622 aus bernischem Privatbesitz buchen. Von diesem Museumsstück sind bisher vier Varianten bekannt, die sich in der Universitätsbibliothek von Basel, der Bürgerbibliothek Luzern und der Burgerbibliothek Bern, dort aus der Familienbibliothek von Mülinen, befinden. Der an Reichhaltigkeit der heraldischen Darstellungen, wie an künstlerischer Gestaltung der Wappen gleichermassen hervorragende Band wird künftig eine der Zierden des Staatsarchivs bilden.

Erwähnt sei ferner als besondere Bereicherung des Archivs die Zuweisung von 140 Holzschnitten (Gotthelf-Illustrationen) des Graphikers E. Zbinden, die der Regierungsrat aus SEVA-Mitteln erworben und dem Archiv zur Aufbewahrung übergeben hat.

Kaufsweise erwarb das Staatsarchiv schliesslich vom Stadtarchiv Rottweil 5 bernische Urkunden, darunter eine von Johanna v. Lassara, der Gemahlin Adrians v. Bubenberg, ausgestellte.

Von privater Seite kamen dem Staatsarchiv mehrere willkommene Geschenke an Urkunden, Handschriften, Zeichnungen und alten Drucken zur Vervollständigung seiner Sammlungen zu, die aus Raumgründen nicht einzeln aufgeführt werden können.

Ausserdem gelangten einige ursprünglich dem Staatsarchiv gehörende Materialien aus privater Hand wieder an ihren Herkunftsort zurück.

Von der Verwaltung wurden folgende Akten abgeliefert:

Gemeindedirektion: Direktionsakten 1926–1931, 57 Theken;

Militärdirektion: 383 Stammkontrollen des 19. Jahrhunderts;

Finanzdirektion: Eine grössere Anzahl neuerer Urkunden aus den Ämtern Aarberg, Aarwangen, Biel, Büren, Courtelary, Delsberg und Erlach;

Rekurskommission: die Akten des Jahres 1932, 28 Mappen;

Preiskontrolle: Akten und Drucksachen des 19. und 20. Jahrhunderts der Handels- und Gewerbekammer; ca. 6 Laufmeter;

ausserdem wurden von einigen Dienststellen Akten dem Archiv zur vorläufigen Aufbewahrung anvertraut.

Die Bibliothek vermehrte sich um 486 Bände, 360 Broschüren und 286 Blätter, davon wurden 200 Bände, 333 Broschüren und 230 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt; es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Oberhasle, Pruntrut, Saanen, Schwarzenburg und Seftigen (teilweise).

In der neuen Abteilung wurde die schon 1953 in Angriff genommene Neuordnung der Akten der Departemente und der Direktion des Innern fortgeführt. Der Zeitabschnitt 1831–1846 ist zum Abschluss gebracht, vom Zeitraum 1846–1872 sind die drei Hauptabteilungen allgemeine Volkswirtschaft, Handel und Gewerbe und Urproduktion fertig behandelt worden. Neugeordnet wurde ebenfalls die Abteilung der Stipendienakten von 1856–1897.

Die im Jahre 1955 durchzuführende Mikrofilm-Aufnahme von Materialien des Staatsarchivs ist vorbereitet worden.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Es kamen die Ämter Oberhasli, Oberhofen und Saanen zur Behandlung.

Für das Gesamtregister der Regierungsratsprotokolle ab 1894 wurden die Bände 1897–1904 bearbeitet.

Die Neuerstellung des Registers über die Abteilung der sogenannten «Unnützen Papiere» ist beendet.

Fortgesetzt wurde das Emblemverzeichnis der Wappenkartothek und nachgeführt die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Chronikauszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

VI. Führungen, Ausstellungen und Besuche

Nachdem im Jahre 1953 die wichtigsten Schätze des Staatsarchivs in der Jubiläumsausstellung im Bernischen Historischen Museum und in regionalen Ausstellungen einer breitern Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten, beschränkte sich das Staatsarchiv im Berichtsjahr auf einige kleine zur Abrundung von Führungen dienende Ausstellungen. Es beteiligte sich in bescheidenem Masse mit Ausstellungsgut an der «HOSPES», an der Steffisburger Dorfwoche und an der Ausstellung «Veteranezyt» im Schloss Jegensdorf.

Führungen im Staatsarchiv fanden statt für die Sektion Büren des bernischen Lehrervereins, für die II. Klassen des Oberseminars und des Seminars Muristalden und eine amerikanische Studiengruppe «Study abroad» des Lehrerseminars Potsdam U. S. A.

Am 11. Mai 1954 besuchte der Burgerrat von Delsberg, einen dortigen Besuch des Regierungsrates erwidernd, das Staatsarchiv und nahm Einblick in seine Sehenswürdigkeiten, wobei namentlich Stücke, die auf den Jura und Delsberg Bezug haben, vorgezeigt wurden.

Anlässlich des früher erwähnten Aktenaustauschs mit Frankreich beehrte der Generaldirektor der französischen Archive, Herr Braibant, das Staatsarchiv mit einem längern Besuch.

VII. Lehrerfortbildungskurse

Mit bestem Erfolg wurden unter Leitung des Archivassistenten Lerch zwei von der Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierte Kurse über geschichtliche Heimatkunde und Urkundenlesen abgehalten. Der erste vereinigte vom 27. September bis 2. Oktober 1954 12 Teilnehmer der Sektion Büren des bernischen Lehrervereins, der andere reguläre Kurs, vom 4. bis 9. Oktober 1954, war ebenfalls von 12 Teilnehmern besucht.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Im Berichtsjahr erstattete das Staatsarchiv im üblichen Rahmen Berichte und Gutachten für die Verwaltung und wissenschaftliche Interessenten. Die Arbeiten am Register des 10. Bandes der Fontes rerum bernensium wurden vom Adjunkten des Staatsarchivs weitergeführt.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurde das Richteramt Frutigen zwecks Platzbeschaffung besichtigt und in Saignelégier das Archiv des Betreibungsamtes geordnet.

Ein Beamter des Staatsarchivs wurde dem Burgerarchiv Burgdorf für Ratschläge und Einführung in archivalische Arbeiten zur Verfügung gestellt.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baselsches Archiv

Die Ordnungsarbeiten der Sektion B 240, Lucelle, wurden zu Ende geführt und eine Inventarkartei erstellt. In der Sektion B 239, gemeine Lehen in der Ajoie, wurde die detaillierte Bestandesaufnahme begonnen.

Ebenso wurde für die 1253 Aktendossiers umfassende Abteilung des Archivs des Departement du Mont Terrible ein bereinigtes Inventar erstellt.

XI. Hallwylarchiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1954 Fr. 15 248.80. Er beträgt am 31. Dezember 1954 Franken 15 592.60. Die Zinseseinnahmen beliefen sich auf Franken 380.25. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1955.

Der Regierungspräsident:

R. Gnägi

Vom Regierungsrat genehmigt am 28. Juni 1955.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**